

# Freie Rundschau Leoben

[www.fpo-leoben.at](http://www.fpo-leoben.at)

## Gerd Krusche ist die Nummer 1 der FPÖ für die Gemeinderatswahl in Leoben

Wir befragen den Spitzenkandidaten zu aktuellen Leobener Themen.

*Seit nunmehr einem Jahr ist der neue Bürgermeister Wallner im Amt. Welche Eindrücke haben sie in dieser Zeit gewonnen:*

**I Krusche:** Wallner hat sich zum Volksbürgermeister ausgerufen. Darunter versteht er offensichtlich, es jedem recht machen zu wollen. In Wirklichkeit führt dies zu einer orientierungslosen und entscheidungsschwachen Politik.

*Zum Beispiel?*

**I Krusche:** Spontan fällt mir der Eiertanz rund um die Biogasanlage der LE-Gas ein. Unter Konrad wusste man, dass er bis zum bitteren Ende an diesem Projekt festhalten wird. Wallner verschanzt sich nun hinter der Beauftragung von Gutachtern – zuerst einer für die Technik, dann einer für die Wirtschaft. Eigentlich hätten noch vor den Wahlen im März die Ergebnisse vorliegen sollen. Jetzt gibt es plötzlich alle möglichen Ausreden, warum das erste noch gar nicht vorliegt und das zweite noch nicht einmal beauftragt worden ist. Die Entscheidung soll erst nach den Wahlen in einer „friktionsfreien“ Zeit getroffen werden.

Das ist nichts anderes als Feigheit. Den geplagten Anrainern will man die Hoffnung auf ein Ende der Belästigungen nicht nehmen, in Wirklichkeit aber will sich Wallner nur über den Wahltermin retten, weil er zu schwach ist, eine verbindliche Aussage zu treffen.

*Sie werfen Wallner also Entscheidungsschwäche vor, aber hat er nicht gerade im Fall Pilsner das Gegenteil bewiesen und sofort reagiert?*

**I Krusche:** Vielfach wird behauptet, dies sei nur der Schlusspunkt einer Aktion gewesen, mit der sich Wallner unliebsamer Gegner in den eigenen Reihen entledigen wollte, schließlich war Pilsner der Favorit von Konrad für das



Bürgermeisteramt. Obendrein mit ziemlich stümperhafter Regie. Ich erinnere nur an die Gemeinderatssitzung, in der der Nachfolger Pilsners als Gemeinderat bereits zur Angelobung anwesend war. Wie man weiß, ist der Plan kläglich gescheitert und Pilsner ist noch immer Gemeinderat.

Fortsetzung auf Seite 2

### Förderung für Schulschikurse muss erhöht werden

GR Geiger kritisiert den lächerlichen Betrag von 20 Euro

Bericht Seite 3

### FPÖ erwirkt Erdgaspreissenkung

Die Forderung nach einer Verbilligung der Fernwärme bleibt aufrecht

Bericht Seite 3

### Skandalöse Asylpolitik von SPÖ und ÖVP

Die Anrainern von Asylquartieren werden nicht einmal informiert

Bericht Seite 4



Noch immer keine Entscheidung über Fortbestand der Biogasanlage

### FPÖ-Bezirksbüro ÖFFNUNGSZEITEN

Mo 8.00 – 12.00  
Di, Do 9.00 – 11.00  
Fr 17.00 – 19.00  
Mi nach Vereinbarung

Franz-Josef-Straße 25  
Tel. 0664/312 07 09  
leoben@fpoe-stmk.at



Fortsetzung von Seite 1

## Halten Sie Pilsner für unschuldig?

**| Krusche:** Das kann ich nicht beurteilen, das müssen die Gerichte entscheiden.

## Glauben Sie, dass es sich um eine Intrige handelt?

**| Krusche:** Das wissen wahrscheinlich nur die Insider innerhalb der SPÖ, aber zumindest dürften die Anschuldigungen ein willkommener Anlass für ein politisches Ränkespiel gewesen sein. Besonders nachdenklich hat mich allerdings der Auftritt von LCS-Betreiber Treu im Gemeinderat gemacht. Dabei hat er Wallner bezichtigt, Altbürgermeister Konrad damit zu drohen. Ich habe bereits damals zu verstehen gegeben, dass diese Behauptung – sofern sie nicht stimmt – eine Klage nach sich ziehen müsste. Dies ist bis heute nicht geschehen, hat also Treu die Wahrheit gesagt?

## Welche Konsequenzen ergeben sich daraus aus Ihrer Sicht für die Gemeindepolitik, zumal Pilsner mit einer eigenen Liste kandidiert?

**| Krusche:** Wallner ist mit einem Machtkampf innerhalb der eigenen Partei beschäftigt. Das schwächt ihn. Die Energie, sich Zukunftsthemen zu widmen, fehlt. Die Liste Pilsner scheint so etwas wie den „Schickimicki-Flügel“ der Roten zu repräsentieren. Wenn die SPÖ ihre absolute Mehrheit verliert, und die Liste Pilsner in den Gemeinderat einzieht, wird die SPÖ nach der Wahl ihren gescheiterten Bürgermeisterkandidaten opfern und die beiden roten Listen werden zusammenarbeiten oder gar fusionieren. Dieses Modell der Wählertauschung zur Absicherung absoluter Mehrheiten ist in der Vergangenheit bereits vielfach eingesetzt worden.

## Sie werfen Bürgermeister Wallner Schwäche vor, er hat aber Anfang Februar im Rahmen einer Pressekonferenz zahlreiche Zukunftsprojekte präsentiert....

**| Krusche:** Zukunftsprojekte? Da stelle ich mir etwas anderes darunter vor. Ein großer Teil sind Vorhaben, die schon sein Vorgänger auf Schiene ge-



Entscheidung über Ausbau LCS erst nach der Wahl

bracht hat, wie die Sanierung der Kerpelystraße gemeinsam mit unserem Landesrat Kurzmann, der Lärmschutz Schladnitz oder das Parkhaus beim Bahnhof. In Wirklichkeit gibt es sogar Rückschritte. Der Verbleib der Oberlandhalle in Leoben wurde bereits verweigert und beim Ausbau des LCS ist man am besten Weg dazu.

## Wie das?

**| Krusche:** Noch im Herbst wurden tolle Pläne präsentiert: Die Erweiterung des Einkaufszentrums mit einer Brücke über die Grafgasse ins Alte Rathaus, ein Hotelneubau und ein neues Kongresszentrum mit einem Zusammenschluss der beiden Tiefgaragen. Das ist jetzt bereits vom Tisch und die bestehende Restvariante umfasst nur mehr die Vergrößerung des LCS bis zur Grafgasse und auch dafür sind die Würfel noch nicht gefallen, Treu hat sich eine Entscheidung bis April vorbehalten.

## Was glauben Sie, hat diese Verzögerung bewirkt und wovon wird Treu seine Entscheidung abhängig machen?

**| Krusche:** Wallner hat es offensichtlich in kürzester Zeit, nicht zuletzt durch sein Vorgehen im Fall Pilsner geschafft, einen der wichtigsten Investoren in Leoben zu vergrämen. Ich befürchte, dass er seine Zukunftspläne für Leoben mit dem Wahlausgang verknüpfen wird.

## Wie wird es mit der Rathauspassage und dem Kongress weitergehen und was wären die Folgen, wenn Treu den weiteren LCS Ausbau auf Eis legt?

**| Krusche:** Ersteres hängt meiner Meinung nach völlig in der Luft. Es gibt keine konkreten Pläne und schon gar keine Finanzierung. Wie ein solches Megaprojekt ohne potenten Partner angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Situation finanziert werden soll, steht in



Finanzierung für neuen Kongress ist völlig unklar

den Sternen und ist mir schleierhaft. Die vollmundige Ankündigung, ein Kongresszentrum errichten zu wollen, das alle Stückeln spielt, ist Schaumschlagerei. Zu ihrer zweiten Frage: Wenn Treu nicht investiert, haben wir halt weiterhin die leerstehenden Häuser mitten in der Stadt, er ist ja bereits deren Eigentümer und kann somit auch mögliche Alternativen blockieren.

## Jetzt haben wir uns ausführlich mit dem alten Rathaus beschäftigt. Sie haben jedoch das Fehlen von Zukunftsprojekten generell kritisiert. Was wäre Ihrer Meinung nach wichtig für Leoben?

**| Krusche:** Da wäre einmal ganz allgemein die Konkurrenzsituation mit Bruck und Kapfenberg zu nennen. Nach der wieder aufgeflamten Diskussion um eine mögliche Fusionierung dieser beiden Städte, muss Leoben aufpassen, nicht das dritte Rad am Wagen zu werden. Um diese Herausforderung zu meistern, sind Visionen, Strategien und Durchsetzungskraft notwendig. Die Universitätsstadt Leoben muss das obersteirische Zentrum bleiben. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, darf es keine Tabus geben. Auch eine Fusion mit Trofaiach und anderen Umlandgemeinden ist anzudenken, aber nicht so, wie es die Reformpartner mit ihren Zwangsfusionen betrieben haben. Die Bevölkerung aller betroffenen Gemeinden müsste mit ins Boot geholt werden.

Ein wichtiger Schritt ist die S-Bahn Anbindung an Graz. Außer Lippenbekenntnissen und nutzlosen Resolutionen ist bisher nichts geschehen. Ein Masterplan für die gesamte Region westlich von Bruck gehört erstellt. Ich warne schon seit Jahren, dass wir von Leoben bis Judenburg nach Fertigstellung des Koralmtunnels auf dem sprichwörtlichen Abstellgleis sein werden.

In der Stadt selbst gilt es, die Lebensqualität zu steigern, damit die Abwanderung – vor allem der Jugend – bekämpft und wieder ein Wachstumspfad beschritten werden kann. Das betrifft viele Themen: Schaffung von Arbeitsplätzen durch Um-

setzung des Konzeptes Rohstoff- und Werkstoffcluster mit Betriebsansiedlungen, Ausbau der Sport- und Freizeitmöglichkeiten, von leistbarem Wohnraum, Ausbildungsplätzen und attraktiven Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Pflegeeinrichtungen mit einer Tagesheimbetreuung usw. Leoben sollte sich in Zukunft auch intensiv mit dem Smart-City-Gedanken auseinandersetzen, also damit, ein gesamtheitliches Entwicklungskonzept zu erstellen, das darauf abzielt, die Stadt effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten.

*Und trauen Sie Bürgermeister Wallner zu, diese Vielzahl an Aufgaben auf Schiene zu bringen?*

**| Krusche:** Nein  
**Welchen Beitrag glauben Sie, nach der nächsten Wahl leisten zu können?**

**| Krusche:** Wenn es der FPÖ gelingt, stärker zu werden, können wir die Politik entsprechend mehr beeinflussen. Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode gezeigt, dass wir viele gute Ideen haben und entsprechende Anträge eingebracht. Wir haben uns immer als konsequente aber auch konstruktive Opposition verstanden. Bei allen unseren politischen Entscheidungen steht die Frage im Vordergrund: Was ist der größte Nutzen für die Leobener Bevölkerung? Schließlich leben wir alle in derselben Stadt.

**Ein Beispiel?**

**| Krusche:** Da fällt mir spontan das Freibad in Donawitz ein. Wir haben gekämpft um den Erhalt dieser Freizeiteinrichtung. Der Kampf wurde leider gegen eine absolute SPÖ-Allmacht verloren. Als es darum ging, später ein Begegnungszentrum mit Kindergarten und Seniorenzentrum zu errichten, haben wir zugestimmt. Das Bad war unwiderruflich weg. Sollten wir also Fundamentalopposition machen und sagen, wenn es kein Freibad gibt, darf es auch sonst nichts geben? Für die Donawitzer ist es allemal besser wenigstens dieses neue Zentrum zu haben.

**Sie sprechen damit die Kritik der KPÖ an?**

**| Krusche:** Ja, die ist oben-

drein noch scheinheilig, denn auch der kommunistische Zentralverband der Pensionisten besucht nun die neuen Räumlichkeiten am ehemaligen Standort des Freibades.

**Was ist also Ihr konkretes Wahlziel, außer Wählerstimmen zuzulegen?**

**| Krusche:** Wir wollen wieder in den Stadtrat einziehen, damit wir uns an allen Entscheidungen in der Leobener Politik aktiv beteiligen können. Wenn es gleichzeitig gelingt, die absolute Mehrheit der SPÖ zu brechen, ist die Drüberfahrpolitik in Leoben hoffentlich beendet. Damit könnten unsere Ideen und Vorschläge vermehrt, schneller und besser umgesetzt werden.

**Wir danken für das Gespräch.**

## GR Geiger kritisiert Förderpolitik der SPÖ

**Beitrag von lediglich 20 Euro für Schulschikurse ist viel zu gering.**

In der letzten Ausgabe ihrer Parteischrift prahlten die Sozialisten damit, Eltern schulpflichtiger Kinder mit einer „großzügigen“ Förderung für Schulschikurse zu unterstützen. Die Roten lassen dabei ganze 20 € springen, diese werden nach Antragstellung in der Gemeinde ausbezahlt. Für FP-Gemeinderat Daniel Geiger ist dies eine Verhöhnung. Die Kosten für einen Schulschikurs betragen für eine Woche etwa 360 €, nicht mitberechnet sind hier die Kosten für Ausrüstung und Taschengeld. Das sind Beträge, die für viele Eltern schlichtweg nicht

leistbar sind. Konsequenz daraus ist, dass viele Schüler entweder nicht am Schikurs teilnehmen können, oder sich die Eltern aus Liebe zum Kind und Angst vor Nachteilen für dieses verschulden.

In den letzten 5 Jahren wurden von der roten Mehrheit horrende Summen für diverse Förderungen ausgegeben – für Eltern war aber nie etwas dabei. Alleine für die jährliche Förderung, die man an die Buglkraxn auszahlt, könnte man rund 50 Kindern die Teilnahme am Schikurs ermöglichen. Auch das von der FPÖ geforderte Schulstartgeld in

Höhe von 100 € wurde von den Sozialisten abgelehnt, denn es sei nicht finanzierbar – im Gegenzug dazu wurde ein seiltanzender Bergmann um ca. 30.000 € errichtet – 300 Eltern hätten sich sehr gefreut, wenn man Ihnen den kostspieligen Schulanfang etwas leichter gemacht hätte. Die Gemeinde muss ihrer sozialen Verpflichtung nachkommen und Steuergeld nicht weiter für Prestigeprojekte, sondern für die, die es einfach brauchen, ausgeben!

Nur die FPÖ stellt sicher, dass Familien gefördert und finanzielle Unterschiede so weit als



GR Geiger

möglich gerecht ausgeglichen werden, unter dem Motto „Sozial statt sozialistisch!“.

## Gaspreissenkung – FPÖ Forderung erfüllt!

**Gemeinderat Krusche verlangte eine Reduzierung des Gaspreises.**

Wenige Tage nach einer Presseausendung von Bundesrat Krusche Ende Jänner, in der die Forderung erhoben wurde, den Abgabepreis für Erdgas zu senken, reagierten die Stadtwerke.

Eine Preissenkung um 10% ab 1. März wurde angekündigt. Gröbminger, der zuständige

Obmann des Stadtwerkeausschusses zeigte sich in einem Leserbrief verwundert. Krusche hätte nur nachfragen müssen, schließlich hätte er bereits Mitte Dezember den Auftrag zur Überprüfung der Preise gegeben.

Dabei übersieht er offensichtlich, dass Krusche bereits

Mitte November im Prüfungsausschuss eine diesbezügliche Anfrage stellte.

Die lakonische Antwort war, es sei nicht beabsichtigt, den Gaspreis anzupassen. Wie man es also dreht und wendet – die Initiative ist eindeutig von der FPÖ ausgegangen.

Dass diese schließlich erfolg-

reich war, ist wohl dem nahenden Wahltermin zu verdanken.

Nicht vergessen werden soll aber, dass Krusche auch eine entsprechende Senkung der Preise für die Stadtwärme verlangte.

Das scheint die SPÖ vergessen zu haben – wir aber nicht!



# Unterbringung von Asylwerbern – Problem wird negiert

**SPÖ und ÖVP betreiben Vogel-Strauß-Politik.**

Nachdem ruchbar wurde, dass in Leoben ein neues Heim für Asylwerber gegenüber dem Fachmarktzentrum in der Kärntnerstraße im Entstehen ist, wollte Bundesrat Krusche im Prüfungsausschuss genauere Informationen bekommen. Er fragte an, wie viele Asylwerber es derzeit im Stadtgebiet von Leoben gibt, wo diese untergebracht sind, um welche Nationalitäten es sich handelt, ob die Anrainer informiert bzw. eingebunden werden und ob weitere Asylheime in Leoben geplant sind. Es wurde mitgeteilt, dass in der Stadtamtsdirektion der Stadtgemeinde Leoben mögliche Quartiergeber gesammelt und an das Land Steiermark weitergemeldet werden. Im November waren es im Stadtgebiet Leoben drei Quartiere: Das bereits erwähnte in der Kärntnerstraße 316 (22 Asylwerber), eines in der Vordernbergerstraße 102 (2 Asylwerber) und eines in der Judendorferstraße 29 mit 6 Bewohnern.

Insgesamt sollen im Bezirk Leoben 172 Flüchtlinge, davon 69 in der Stadt Leoben, untergebracht werden. Für weitere 28 Asylanten wären Plätze verfügbar, aber noch nicht zugewiesen. (Mit Stichtag 15. Jänner waren bereits 43 Asylwerber in Leoben untergebracht.) Somit erfülle die Stadt Leoben die vorgegebene Quote von 69 Asylplätzen, wurde ausgeführt. Die Tatsache, dass es keine gesetzliche Grundlage für die Anzahl von Asylanten in den einzelnen Gemeinden gibt, wurde in der weiteren Diskussion beharrlich verweigert. Auch die Frage nach den Herkunftsländern konnte nicht be-

antwortet werden, weil die Gemeinde nur Meldebehörde ist. Schließlich würgte die ÖVP mit einem Antrag auf „Schluss der Debatte“ weitere Fragen ab; die Vertreter von SPÖ und KPÖ stimmten erleichtert zu.

## Fazit

- Die Stadtgemeinde, also die SPÖ, will sich mit dem Thema Asylantenheime möglichst nicht beschäftigen und verschanzt sich hinter angeblichen Regelungen des Landes, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.
- Die ÖVP unterstützt in großkoalitionärer Treue diese Vogel-Strauß-Politik.
- Die Bevölkerung wird mit ihren Ängsten und Sorgen buchstäblich im Regen stehen gelassen. Sie erfährt nicht einmal, aus welchen Herkunftsländern die Asylanten sind. Dass die Befürchtungen nicht unbegründet sind, gibt sogar das Innenministerium zu: „Jede Unterkunft, in der eine große Anzahl Asylwerber aus Westafrika unterge-



Das neue Asylquartier in der Kärntnerstraße

bracht ist, stellt ein Gefährdungspotenzial dar. Es kommt daher in diesen Unterkünften immer wieder zu Festnahmen und Sicherstellung größerer Mengen Drogen in den zugewiesenen Zimmern oder allgemeinen Räumlichkeiten. Ebenso ist festzustellen, dass in Gegenden, in welchen eine Konzentration an Asylwerberheimen vorhanden ist, auch der Drogenhandel im Nahbereich signifikant ansteigt“, ist im Bericht „Aus dem Inneren – Drogenbekämpfung“ zu lesen. Gemäß einer schriftlichen Anfragebeantwortung von Innenministerin Johanna

Mickl-Leitner gab es in den letzten zweieinhalb Jahren rund 200 Polizeieinsätze in Asylheimen in der Steiermark. Dabei wurden zwei Polizisten verletzt und 20 Personen festgenommen.

- Die FPÖ ist die einzige Partei, die sich des Themas annimmt! Wenn Voves nun plötzlich öffentlich Positionen der Freiheitlichen übernimmt, ist das nicht mehr, als ein untauglicher Versuch zur Beruhigung der Wähler.
- Als Sofortmaßnahme für Leoben verlangen wir eine umfassende Information der Anrainer von Asylantenunterkünften.

**FPÖ** DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

**Einfach besser für Leoben**

**Am 22. März ~~FPÖ~~**



**BR GR  
Gerd  
Krusche**

Steirerland in Steirerhand

Besuchen Sie uns auch im Internet:  
**www.fpoe-leoben.at**



www.facebook.com/  
FPLeoben



**#diesmalfpö**  
**www.fpoe-stmk.at**